

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

20. Sitzung

Innen- und Rechtsausschuß

14. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. November 1996, 10.00 Uhr
Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

in Vertretung von Thomas Stritzl

Reinhard Sager (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Renate Gröpel (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Klaus Schlie (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Holger Astrup (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Eva Peters (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Heinz Maurus (CDU)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

RR z.A. Petra Tschanter

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	IT-Ressortplanung	4
2.	Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000 Bericht der Landesregierung Drucksache 14/300 und Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997 (Haushaltsgesetz 1997) Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/240 hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204, 14/266, 14/271, 14/272 ¥ Einzelplan 04 - Innenminister ¥ Einzelplan 12 - Kapitel 1204, Innenminister	7
3.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Hay, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10.05 Uhr, stellt die Beschlußfähigkeit des federführenden Finanzausschusses fest und übernimmt den Vorsitz. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

IT-Ressortplanung

Angest. Schramm gibt einen kurzen Überblick über den Stand der IT-Ressortplanung (Umdruck 14/261).

Auf eine Frage des Vorsitzenden bezüglich der Ausstattung des Datenschutzbeauftragten legt St Wegener dar, im Rahmen der Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik gebe es Überlegungen, ob es Sinn mache, die Aufgabenstellung und **Rolle des Datenschutzbeauftragten** neu zu bewerten im Hinblick auf eine Aufteilung von Datenschutz im öffentlichen Bereich und Datenschutz im privaten Bereich. Dies könne zu einer Umstrukturierung im Bereich des Datenschutzbeauftragten führen.

Auf Fragen der Abg. Kähler bezüglich der Anschaffungspreise im Bereich der IT-Techniken legt MR Kosnick dar, daß, wenn man Datenverarbeitung in großen Organisationen professionell betreiben wolle, andere Ausgaben entstünden als im privaten Bereich. Wichtig sei hier auch die Beachtung eines Unterbaus und eines Managements. Bezüglich der Ausstattung bei der Polizei sei zu sagen, daß neben dem Aufbau des Systems COMPAS auch PCs quasi als Ersatz für Schreibmaschinen angeschafft worden seien. - Abg. Kähler vertritt die Auffassung, daß, wenn ein Produkt in größerer Stückzahl angeschafft werde, dies nach den Marktregeln kostengünstiger angeschafft werden könne als ein einzelnes Gerät. - Abg. Kubicki ergänzt, daß es Programmen in der Regel egal sei, auf welchen Hardware-Komponenten sie liefen. Auch er fragt, warum die Hardware-Komponenten nicht kostengünstiger angeschafft werden könnten. - In diesem Zusammenhang verweist Angest. Schramm auf die Planungszeiträume im Bereich des öffentlichen Dienstes. Weiter legt er dar, daß durchaus **Preis-Leistungs-Vergleiche** durchgeführt würden. - St Dr. Lohmann ergänzt, die Landesregierung versuche, insbesondere die Kosten für die Hardware zu hinterfragen. So werde auch versucht werden, im Rahmen der Nachschiebeliste zu einer Reduzierung der Ansätze zu kommen. Er führt zu dem Gesichtspunkt der **Kommunikationsfähigkeit** untereinander und der **Kompatibilität** aus, daß es Schwierigkeiten zwischen den Ressorts auch deshalb gebe, weil zum Teil die Gebäude noch

nicht ausreichend verkabelt seien. Das, was in Zukunft mehr Kosten verursachen werde als die Anschaffung von Geräten, seien die Kosten für Entwicklung und Pflege. Daher begrüße die Landesregierung, daß es hinsichtlich der Entwicklung und Pflege von Programmen zunehmend zu landesübergreifenden Entwicklungen komme.

Der Vorsitzende schlägt vor, sich im Rahmen einer gesonderten Ausschußsitzung ausführlich mit dem Thema IT-Ressortplanung zu beschäftigen.

Nach den Worten von Abg. Heinold fällt auf, daß die Ausstattung im Bereich IT des Frauenministeriums (Einzelplan 16) gegenüber den anderen Ressorts unterproportional sei. - AR Fischer erläutert, daß zum Zeitpunkt der Aufstellung des IT-Ressortgesamtplans kein Meinungsbild über das künftige Frauenministerium vorhanden gewesen sei. Bisher gebe es noch keine definitive Auskunft darüber, wo das Ministerium insgesamt untergebracht werden solle. Daher sei eine Konzeption erst relativ spät erarbeitet worden. Es gebe die Bestrebung, die vorhandenen Ausstattungen an den bisherigen Arbeitsstellen durch das Ministerium zu übernehmen und die unterschiedlichen Ausstattungen auf einen Stand zu bringen. Die Betreuung der Arbeitsplätze durch Personal erfolge bisher durch das jeweilige Ministerium, in dem die Abteilungen räumlich untergebracht seien.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß dem Finanzausschuß im Zusammenhang mit der Vorlage der Nachschiebeliste auch die Umzugspläne im Bereich der Landesregierung vorgelegt werden sollten. Er äußert seine Erwartung, daß darin auch ein Bericht hinsichtlich der IT-Ausstattung des neu geschaffenen Ministeriums enthalten sei. - St Dr. Lohmann legt dar, daß dem Landtag vorgeschlagen werden solle, die baulichen Voraussetzungen für den Einsatz von IT-Techniken zu schaffen.

Abg. Neugebauer gibt seinem Mißfallen mit dem Verlauf der bisherigen Sitzung Ausdruck. Er vertritt die Auffassung, das Thema sei in dieser Sitzung nicht erschöpfend behandelt worden, und habe den Eindruck, die wichtigen Fragen seien noch nicht gestellt worden. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorsitzenden an, sich in einer gesonderten Sitzung mit dem Thema zu beschäftigen. Er regt an, dazu auch Vertreter des Landesrechnungshofs und der Datenzentrale einzubeziehen. - Der Ausschuß erklärt sich damit einverstanden. Als Termin dafür legt er den 6. Februar 1997 fest.

VP Dr. Schmidt-Bens legt dar, daß der Landesrechnungshof trotz aller kritischen Anmerkungen und Fragen durch die Vorlage des IT-Gesamtplans durchaus positiv gestimmt sei. Der Landesrechnungshof halte es auch für gut, daß dieser Plan jährlich fortgeschrieben werden

solle. Soweit das Thema COMPAS angesprochen worden sei oder angesprochen werden solle, wolle der Landesrechnungshof bei seiner praktizierten Übung bleiben, daß er sich zu Überprüfungen, die der Landesrechnungshof noch nicht abgeschlossen habe, nicht äußere. Zum Thema Wirtschaftlichkeit merkt er an, daß der Landesrechnungshof bisher nicht habe feststellen können, daß die prognostizierten Personaleinsparungsmöglichkeiten tatsächlich hätten realisiert werden können. Er bietet an, dem Ausschuß die Prüfungsergebnisse, die bisher an verschiedenen Stellen vorgelegen hätten, zusammenzufassen und dem Finanzausschuß zuzuleiten. - Der Ausschuß nimmt dieses Angebot an.

Abg. Döring kündigt an, in der Sitzung am 6. Februar folgende Punkte vertieft ansprechen zu wollen und stellt der Landesregierung - zur Vorbereitung dieser Sitzung - folgende Fragen:

- **Kosten für PC:** Wie sieht das künftig aus? Bestehen künftig Bindungen an Marktstandards? Gibt es Rahmenverträge, die die Ministerien verpflichten, innerhalb eines Rahmenvertrages PCs von einem bestimmten Hersteller zu beziehen?

- **Vernetzung:** Gibt es entsprechende Standards für alle Ministerien, die verpflichtend sind?

- **Budgetierung:** Wie stellt die Landesregierung sich das vor? Welche Zielvereinbarungen sollen erreicht werden?

- **Personalprognose:** Wie entwickelt sich die Personalprognose beim IT-Plan weiter?

- **Wiederbeschaffung:** Wie werden die geplanten Investitionen innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung dargestellt?

- Wie sieht es bei der **Entwicklung von Programmen** aus, die nicht Marktstandards sind? Inwieweit werden Dritte herangezogen? Welche Rolle spielt dabei die Datenzentrale? Ist die Datenzentrale ein besonderer Anbieter oder ein Wettbewerber?

Der Vorsitzende schließt die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis darauf, daß an das Ministerium jederzeit weitere Fragen gerichtet werden könnten, um die Sitzung am 6. Februar vorzubereiten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1996 bis 2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/300

und

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 1997
(Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/240

hierzu: Umdrucke 14/192, 14/198, 14/199, 14/200, 14/204, 14/266, 14/271,
14/272

¥ **Einzelplan 04 - Innenminister**

¥ **Einzelplan 12 - Kapitel 1204, Innenminister**

St Wegener gibt einen Überblick über den Einzelplan 04 und die darin enthaltenen Schwerpunkte.

Auf Fragen des Abg. Sager antwortet St Wegener, die globale Minderausgabe im Jahre 1996 sei erbracht worden. Wie hoch die Einsparungen im Rahmen der ausgesprochenen Haushaltssperre sein würden, könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Von Umzugsplänen innerhalb des Bereichs der Landesregierung sei das Innenministerium nur am Rande betroffen.

Im Rahmen einer kurzen Grundsatzdiskussion über die Feuerschutzsteuer erteilt der Ausschuß dem Ministerium die Aufträge, dem Ausschuß eine Aufstellung über die Verwendung der Mittel für Personal sowie eine Zusammenstellung des Aufkommens und der Verwendung von Mitteln aus der Feuerschutzsteuer in den einzelnen Bundesländern, absolut und prozentual, zuzuleiten.

Abg. Neugebauer bittet um schriftliche Beantwortung folgender Fragen zum Thema statistisches Landesamt: In welcher Weise sei von Schleswig-Holstein oder anderen Bundesländern - an die Adresse des Bundes gerichtet - der Versuch unternommen worden, zu eine Reduzierung der Zahl der Statistiken zu kommen? In welcher Weise finde auf Landes- oder Bund-Länder-Ebene eine Evaluierung dieser Statistiken statt?

Der Ausschuß kommt auf Anregung von Abg. Sager überein, in seiner Sitzung am 9. Januar 1997 über das Thema "Auswirkungen des Spielbankengesetzes insbesondere auf die Mitarbeiter" zu diskutieren. Abg. Sager kündigt an, zur Vorbereitung dieser Diskussion schriftliche Fragen zu formulieren und dem Ministerium zuzuleiten. - Der Vorsitzende bittet die Vertreter des Ministeriums, dafür Sorge zu tragen, daß das Innenministerium mit einer Person aus der Spitze des Hauses vertreten ist.

Einzelplan 04

0401-534 99, Kosten der Verwaltungsreform

Abg. Lehnert bittet um Konkretisierung des Ansatzes für bestimmte Bereiche. St Wegener sagt dies zu.

0401-535 01, Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes

St Wegener sagt auf Bitte des Abg. Lehnert zu, dem Ausschuß schriftlich die Senkung des Titelansatzes zu erläutern.

0401-883 71, Zuweisung an Kreise und Gemeinden für grenzüberschreitende infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Kreise im Nachbarraum um Hamburg

Abg. Lehnert bittet um schriftliche Mitteilung der Höhe der Antragsvolumina sowie gegebenenfalls der Bewilligungen für die Jahre 1994 bis 1998.

0402-684 02, Allgemeine Sportfördermaßnahmen des Landes

Abg. Neugebauer bittet um einen Vergleich der Förderung im Jahre 1996 und der für 1997 vorgesehenen Förderung.

0406-425 01, Vergütungen der Angestellten

St Wegener sagt zu, dem Ausschuß die Antwort auf die Frage des Abg. Lehnert nach dem Grund der starken Schwankungen im Bereich der Ist-Liste zuzuleiten.

0407-671 02, Kostenerstattung für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Rückkehrberatung

Abg. Lehnert bittet um eine schriftliche Auflistung der für das Jahr 1997 vorgesehenen Zahl der Rückkehrer. Außerdem bittet er um Darstellung der finanziellen Auswirkungen insbesondere vor dem Hintergrund der Kürzungen der Asylleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

(Unterbrechung: 13.05 Uhr bis 13.45 Uhr)

Stellenplan, Stellenübersicht

Einzelplan 12 - Kapitel 1204, Innenminister -

Zum Stellenplan, der Stellenübersicht sowie zum **Kapitel 1204** liegen Anträge und Aufträge nicht vor.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Hay, schließt die gemeinsame Sitzung um 14.00 Uhr.

gez. Hay
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin